

Antrag auf Beschäftigung von öffentlichem Personal/Kooperation mit einem Träger der freien Jugendhilfe im Rahmen der außerunterrichtlichen und ergänzenden und Förderung und Betreuung

Von der Schule auszufüllen:

Schulname: _____

Schulnummer: _____

Die Schulkonferenz beantragt den Wechsel von

der Kooperation mit einem Träger der freien Jugendhilfe zur Arbeit mit öffentlichem Personal

der Arbeit mit öffentlichem Personal zur Kooperation mit einem Träger der freien Jugendhilfe

mit Beschluss vom: _____ zum _____.

Dem Antrag liegt bei:	Datum	Anlage Nr.
das Beschlussprotokoll der Schulkonferenz	_____	_____
das Ganztagskonzept (siehe Anlage 1 zum Antrag)	_____	_____
das Personalkonzept (siehe Anlage 2 zum Antrag)*	_____	_____

Datum/Unterschrift Schulleiterin/Schulleiter

Von der Schulbehörde auszufüllen:

Stellungnahme der Schulbehörde (des Schulträgers)

Ich stimme dem Antrag zu.

Ich stimme dem Antrag nicht zu.

Stellenzeichen/Datum/Unterschrift Schulbehörde

Von der regionalen Schulaufsicht auszufüllen:

Information der regionalen Beschäftigtenvertretungen	_____	_____
Stellungnahme des regionalen Personalsrats*	_____	_____
Stellungnahme der regionalen Schwerbehindertenvertretung*	_____	_____
Stellungnahme der regionalen Frauenvertretung*	_____	_____

Stellungnahme der regionalen Schulaufsicht

Die Antragsunterlagen sind vollständig.

Das Ganztagschulkonzept entspricht den Vorgaben der Arbeitshilfe (siehe Anlage 1 zum Antrag).

Das Ganztagschulkonzept ist von mir unterzeichnet und damit genehmigt worden.

Ich stimme dem Antrag zu.

Ich stimme dem Antrag nicht zu.

Stellenzeichen/Datum/Unterschrift regionale Schulaufsicht

HINWEISE: Aufgeführte Dokumente sind fortlaufend zu nummerieren und als Anlage der Antragsakte beizulegen. Mit * markierte Dokumente sind nur beim Wechsel zur Kooperation mit einem Träger der freien Jugendhilfe zu erbringen. Eine Weiterleitung des Antrags an II A 1 erfordert zwingend, dass:

- das Ganztagskonzept sich an der Mustergliederung orientiert und alle notwendigen Informationen enthält,
- die Zustimmung des Schulträgers, der regionalen Beschäftigtenvertretungen* und der regionalen Schulaufsicht vorliegen.